

Sozialhilfe 2005

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes erhielten am Jahresende 2005 in Deutschland rund 81.000 Personen „Sozialhilfe im engeren Sinne“, also laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Infolge der gesetzlichen Änderungen zum 1. Januar 2005 ging die Zahl der Hilfebezieher im Vergleich zum Jahresende 2004 um 97,2% zurück. Die Sozialhilfequote, das heißt der Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung, verringerte sich damit zum Jahresende 2005 auf 0,1%. 2004 hatten noch rund 2,9 Millionen Personen oder 3,5% der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken („soziokulturelles Existenzminimum“).

Ursache für den drastischen Rückgang der Empfängerzahlen ist das Inkrafttreten des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) zum 1. Januar 2005. Sozialhilfe im engeren Sinne erhalten seit Anfang 2005 zum Beispiel nur noch vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruststandserntner mit niedriger Rente.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 2005 netto, das heißt nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger, lediglich noch 618 Millionen Euro auf; dies entspricht einem Rückgang von 93,0% gegenüber dem Vorjahr, als noch 8,8 Milliarden Euro für diese Hilfeart ausgegeben wurden.

RSA 2006

Die erste Gesamtschätzung des Umverteilungsvolumens zwischen den gesetzlichen Krankenkassen durch den Finanzausgleich der Krankenkassen (Risikostrukturausgleich, RSA) für 2006 liegt vor. Die Ergebnisse zeigen:

- Das Umverteilungsvolumen wächst von Jahr zu Jahr, liegt jetzt bei rund

14,55 Milliarden Euro (1995: 8,94 Milliarden Euro, 2000: 12,02 Milliarden Euro, 2005: 14,08 Milliarden Euro) und ist damit inzwischen mehr als doppelt so hoch wie der Länderfinanzausgleich der Bundesrepublik Deutschland (2005: 6,89 Milliarden Euro).

- In diesem Jahr fließen über den RSA rund 3,55 Milliarden Euro aus den alten in die neuen Bundesländer.
- An die AOK – mit 25 Millionen Versicherten mit großem Abstand Marktführerin – zahlen die anderen Kassenarten allein in diesem Jahr rund 12,98 Milliarden Euro über den RSA (Anteil Betriebskrankenkassen: 8,74 Milliarden Euro, Anteil Angestellten-Ersatzkassen: 4,20 Milliarden Euro).

Pflegequalität

Das Bundesministerium für Gesundheit unterstützt ein Vorhaben des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA), die Qualität in der Betreuung pflegebedürftiger Menschen weiter zu verbessern. Mit dem jetzt gestarteten Projekt wird ein Fehlerberichts- und Lernsystem in der Pflege bis zum Frühjahr 2007 aufgebaut. Dieses System bietet dann allen Pflegekräften die Möglichkeit, Fehler oder vermeintliche Fehler anonym in eine Internetseite des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) zu stellen und dazu fachlich fundierte Kommentare zu erhalten. Diese Internetseite wird vom KDA mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) in Höhe von 570.000 Euro aufgebaut und begleitet; sie wird ab Frühjahr 2007 verfügbar sein.

Ein solches Lern-System bietet den Vorteil, dass die Betroffenen selber entscheiden können, ob sie das kritische Ereignis öffentlich machen. Positiv ist vor allem die strikte Anonymität, was die Akzeptanz des Modellprojekts fördern soll. Im Rahmen der Analyse der berichteten Ereignisse können Hinweise auf verursachende Faktoren gegeben sowie Lösungsmöglichkeiten unterbreitet und Gute-Praxis-Beispiele dargestellt werden. Geleert werden kann auch an dokumentierten Ereignissen anderer Pflegekräfte und Pflegeeinrichtungen,

wenn sie entsprechend präsentiert werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.kda.de

Das Fehlerberichts- und Lernsystem ist ab Frühjahr 2007 verfügbar unter www.kritische-ereignisse.de

Depression

Um das Thema Depression geht es in der BMBF-Broschüre „Es ist, als ob die Seele unwohl wäre... Depression – Wege aus der Schwermut. Forscher bringen Licht in die Lebensfinsternis.“ Rund vier Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer Depression. Viele Betroffene möchten sich daher informieren, wie die Symptome der Krankheit aussehen, wie das Seelenleiden erforscht wird, welche Therapien verfügbar sind und wo sie sich an lokale Bündnisse gegen Depression wenden können. Sie finden Antworten in der Broschüre, die erstmals 2001 erschienen und zuletzt vergriffen war. Die nun verfügbare aktualisierte Fassung enthält auch Links zum Thema sowie Buchtipps.

Die Broschüre steht im Internet unter www.bmbf.de/pub/es_ist_als_ob_die_seele_unwohl_waere.pdf

Neuer Informationsdienst der BAuA

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) bietet zu bestimmten Themen regelmäßig Zusammenstellungen der neu erfassten Literatur aus ihrer Literaturdatenbank BAuA-LITDOK an. Diese Informationsdienste können entgeltfrei von der BAuA-Homepage geladen werden.

Ab sofort stehen die Ausgaben 1/2007 im Netz. Die zweimal jährlich erscheinenden Standard-Informationsdienste enthalten bibliografische Angaben und Kurzreferate. Sie befassten sich mit folgenden Themen: Arbeitsbedingte Erkrankungen, Arbeitsschutzrecht, Betrieblicher Gesundheitsschutz, Brand- und Explosionsschutz, Elektrosicherheit, Ergonomie, Gefahrstoffe, Lärm/Schwin-

gungen, Menschengerechte Anwendung neuer Technologien, Sicherheitstechnik, Sozialer Arbeitsschutz/Arbeitszeit sowie Transport und Verkehr. Darüber hinaus informiert die Bibliothek der BAuA an gleicher Stelle mit Sonderinformationsdiensten über die aktuellen Themen Altersgerechte Arbeit, Büroarbeit, Nanotechnologie/Ultrafeinstaub, Pflegepersonal sowie Psychische Arbeitsbelastungen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.baua.de Bibliothek Informationsdienste

Erwerbstätige in 2006

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten im Durchschnitt des Jahres 2006 fast 39,1 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland, 258.000 Personen oder 0,7% mehr als ein Jahr zuvor. Im Jahr 2005 war im Jahresdurchschnitt die Beschäftigung noch um 52.000 Personen oder 0,1% zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2006 wieder in etwa das Niveau des Jahres 2002. Zugleich war der Anstieg der Erwerbstäginzahl von 0,7% die stärkste Beschäftigungszunahme im Vorjahresvergleich seit dem Jahr 2000.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2006 wurde insbesondere durch eine Zunahme der Arbeitnehmer getragen: Ihre Zahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 222.000 Personen (+ 0,6%) auf knapp 34,7 Millionen Beschäftigte. Daneben hat im Jahresdurchschnitt 2006 auch die Zahl der Personen mit geringfügiger Beschäftigung (Minijob) in Haupterwerbstätigkeit zugenommen.

Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,8% auf knapp 4,4 Millionen Personen. Dieser Anstieg fiel allerdings im Jahr 2006 – auch in Folge des Auslaufens der beiden arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld – schwächer aus als in den Jahren zuvor. Beide Instru-

mente wurden zum 1. August 2006 durch den Gründungszuschuss ersetzt.

Tipps für Ältere im Büro

Das Durchschnittsalter deutscher Belegschaften steigt langsam aber kontinuierlich an. Dies trifft insbesondere auch auf den Arbeitsplatz Schreibtisch zu. Im Büro arbeiten heute schätzungsweise 17 Millionen von 39 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) haben deshalb die Broschüre „Alles grau in grau? – Ältere Arbeitnehmer und Büroarbeit“ herausgegeben.

Damit Ältere z. B. den Durchblick am Bildschirm behalten, sollten die Erkenntnisse der Berufsgenossenschaftlichen Information BGI 650 berücksichtigt werden, die konkrete Gestaltungshinweise gibt. Die Broschüre enthält die wichtigsten Angaben für die Praxis. Darüber hinaus stellt sie einen Modellarbeitsplatz Büro für älter werdende Beschäftigte vor. Die Broschüre enthält eine Vielzahl von Tipps und weiterführenden Links, um die demographische Herausforderung im Büro erfolgreich zu bewältigen.

Die Broschüre steht im Internet unter
www.baua.de Publikationen Broschüren

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit entwickelt sich zunehmend zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft. Dies belegt der „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006“. In der repräsentativen Erhebung wurden Unternehmen befragt, inwieweit sie familienfreundliche Maßnahmen umsetzen.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Die Bedeutung des Themas Familienfreundlichkeit hat stark zugenommen. Fast drei Viertel aller Unternehmensleitungen schätzen mittlerweile die Bedeutung von Familienfreundlichkeit für das eigene Unternehmen als wichtig oder sehr wichtig ein.
- Die gestiegene Wertschätzung des Themas Familienfreundlichkeit spiegelt sich in der Verbreitung familienfreundlicher Maßnahmen wider. Vor allem die von Beschäftigten als besonders wichtig eingestuften Maßnahmen – flexible Arbeitszeitmodelle und aktive Gestaltung der Elternzeit – sind inzwischen weit verbreitet.
- Immer mehr Unternehmen nutzen Familienfreundlichkeit als Instrument, um ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern.
- Familienbewusste Personalpolitik wird zum allgemeinen Trend. Lediglich rund 5% der befragten Unternehmen hat noch keine familienfreundliche Maßnahmen eingeführt.

Die Befragung der Unternehmen wurde erstmals 2003 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Kooperation mit den vier Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDA, BDI, DIHK, ZDH) durchgeführt. Nach drei Jahren wurde die Erhebung nun wiederholt, um den Wissensstand zu aktualisieren, Fortschritte aufzuzeigen und eine erste Bilanz zu ziehen.

Der Familienmonitor 2006 steht im Internet unter
www.bmfsfj.de Publikationen Familie

Altersvorsorge macht Schule

Zusätzlich fürs Alter vorzusorgen, ist unerlässlich – und mit den richtigen Informationen auch nicht schwer. Kern der neuen Initiative „Altersvorsorge macht Schule“ sind spezielle Altersvorsorgekurse, die ab sofort an bundesweit mehr als 500 Volkshochschulen stattfinden. Das neue Angebot gibt allen Interessier-

ten die Möglichkeit, zu Vorsorgeexperten in eigener Sache zu werden. Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung, des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, der Deutschen Rentenversicherung, des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

„Altersvorsorge macht Schule“ wendet sich an alle, die zusätzlich etwas für ihre finanzielle Absicherung im Alter tun wollen – unabhängig von Vorkenntnissen und finanziellen Möglichkeiten. Hauptzielgruppe sind die 30- bis 45-Jährigen. Die Initiatoren rechnen für 2007 mit rund 20.000 Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern. Bei dieser Schätzung können sie sich auf die guten Ergebnisse einer Pilotphase stützen, in der die Resonanz auf das Angebot erfolgreich getestet wurde.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.altersvorsorge-macht-schule.de

Berufsunfähigkeit – privat vorsorgen

Die Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung“ hat im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein neues Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler erstellt. Thema diesmal: Berufsunfähigkeit – privat versichern. Was meint man genau mit „Berufsunfähigkeit“ und was bedeutet „Erwerbsminderungsrente“? Was gilt für junge Versicherte? Was sollte man bei Abschluss einer privaten Berufsunfähigkeitsversicherung beachten?

Neben dem Arbeitsblatt und Schaubild gibt es weiterführende Infos, Links, Schaubilder und Anregungen für den Unterricht unter www.sozialpolitik.com

Gebärdentelefon

Seit Mitte Januar 2007 wird gehörlosen und hörgeschädigten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, online mittels der Gebäden-

sprache und Videophonie (Video over IP, SIP) Informationen zu den Themenbereichen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu erhalten. Auch Bestellungen von Publikationen oder Auskünfte zu Ansprechpartnern zuständiger Behörden und Institutionen sind möglich.

Die gehörlosen Beraterinnen stehen von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 14.00 bis 18.00 Uhr zur Verfügung, um online die Anfragen in Gebärdensprache entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Der neue Service kann mit einem IP-Video-Telefon mit SIP/Internet-Telefon-Server oder über einen PC mit Softphone über DSL angewählt werden.

Das Gebärdentelefon ist erreichbar über gebaerdentelefon@sip.bmas.buerger-service-bund.de

Bildungssparen

Lebenslanges Lernen wird für ein erfolgreiches Berufsleben immer wichtiger. Das Bundesministerin für Bildung und Forschung startet deshalb eine Initiative zur Mobilisierung und Finanzierung von Weiterbildung. Um die Menschen beim Lebenslangen Lernen möglichst wirkungsvoll zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung zwei Gutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Ein Gutachten untersuchte die „Wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des Weiterbildungssparns“. Parallel dazu wurden erste Lösungsansätze mit der „Analyse möglicher Modelle und Entwicklung eines konkreten Modells zum Bildungssparen“ erarbeitet.

Die Experten haben auf Basis ihrer Studien ein Modell entwickelt, das drei neue Unterstützungsangebote vorsieht. Zum einen eine Weiterbildungsprämie in vorgeschlagener Höhe von 154 Euro. Daneben sieht der Expertenvorschlag eine Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes vor. Anders als bisher soll es zukünftig vor Ablauf der siebenjährigen Ansparfrist möglich sein, Geld für Weiterbildungszwecke zu entnehmen. Drittes Finanzierungsinstru-

ment zur Weiterbildung soll ein Darlehen sein, mit dem zeitnah auch Mittel für kostenintensivere Maßnahmen zur Verfügung stehen. Im Gutachten wird empfohlen, die drei Instrumente kombinierbar zu machen, um eine möglichst einfache und flexible Weiterbildungsfinanzierung anzubieten.

Eine kurze Zusammenfassung der beiden Gutachten sowie das Gesamtgutachten stehen im Internet unter www.bmbf.de/pub/kurzfassung_zur_studie_bildungssparen.pdf www.bmbf.de/pub/studie_bildungssparen.pdf

Mentoring-Programm Migration

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat gemeinsam mit der Thomas-Morus-Akademie Bensberg ein Mentoring-Programm für junge Menschen mit Migrationshintergrund gestartet. Den Kern des Modellprojektes „Network.21“ bilden Tandems von jungen Frauen im Übergang von Schule bzw. Studium ins Erwerbsleben mit Fachfrauen und Expertinnen aus unterschiedlichen Berufen. Diese Tandems, bestehend jeweils aus zwei Frauen, bzw. zwei Männern, bilden eine Lehr-, Lern- und Beratungspartnerschaft. Pro Jahr sind insgesamt 21 Mentoring-Tandems vorgesehen – 14 Frauen- und sieben Männerteams.

Flankierend dazu gibt es Programme zur Stärkung von Schlüsselkompetenzen der Mentees. Dabei geht es vor allem um zentrale berufs- und fachübergreifende Fähigkeiten, wie Konfliktbewältigung, Gesprächsführung, Prozess- und Projektplanung oder interkulturelle Sensibilität. So sollen die interkulturellen Kompetenzen zusammen mit den Schlüsselkompetenzen als spezifische Ressource für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt genutzt und die damit verbundenen Erfahrungen als Know-how im Rahmen des Netzwerkes zur Verfügung gestellt werden.

Das Modellprogramm ist auf drei Jahre angelegt, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie mit Mitteln

des Europäischen Sozialfonds. Zur Unterstützung des Bundesministeriums gehört auch die wissenschaftliche Begleitung.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.projekt-network21.com

Ich-will-schreiben-lernen

Deutschland unterstützt die Weltalphabetisierungsdekade der Vereinten Nationen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Zahl der Analphabeten zwischen 2003 und 2012 weltweit zu halbieren. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird im neuen Förderschwerpunkt „Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene“ über einen Zeitraum von fünf Jahren rund 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen. In einem Ideenwettbewerb sollen vier neue große Forschungsverbundprojekte zur Förderung ausgewählt werden. Ziel der Projekte sollen effizientere Lernangebote und eine bessere Beratung für Betroffene sein.

Zu den bereits erfolgreich arbeitenden Projekten, die vom BMBF gefördert werden, gehört unter anderen das Internetportal „Zweite Chance online“ bei deren Lernplattform zurzeit fast 11.000 Nutzer angemeldet sind. Das E-Learning-Portal ermöglicht neben vielfältigen Einsatzformen in Kursen auch das anonyme Lernen von zu Hause aus. In Deutschland selbst gibt es nach Schätzung des Bundesverbandes Alphabetisierung rund vier Millionen Menschen mit Schwächen im Lesen, Schreiben und auch Rechnen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.zweite-chance-online.de

Bundesbericht Forschung 2006

Mit dem Bundesforschungsbericht steht eine umfassende und aktuelle Übersicht zu Stand und Entwicklung der Forschung in Deutschland zur Verfügung. Die Bundesregierung hat

im Jahr 2006 ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE-Ausgaben) gegenüber 2005 um 609 Millionen Euro oder 6,8% gesteigert. Das entspricht einer Gesamtsumme von 9,6 Milliarden Euro. Bis 2010 sollen die FuE-Ausgaben des Staates und der Wirtschaft 3% des Inlandsproduktes erreichen. Dafür erhöht die Bundesregierung ihre FuE-Ausgaben bis 2009 um 6 Milliarden Euro. Heute liegt Deutschland mit einem FuE-Anteil von 2,5% international noch auf Platz 9 – hinter OECD Mitgliedsstaaten wie den USA und Japan, aber beispielsweise vor China. In der Europäischen Union steht Deutschland auf dem dritten Platz hinter Schweden und Finnland.

Der Bundesbericht Forschung, den es bereits seit 1965 gibt, wird in diesem Jahr zum letzten Mal erscheinen. Zukünftig wird eine international besetzte, unabhängige Expertenkommission „Forschung und Innovation“ die Bundesregierung kontinuierlich wissenschaftlich beraten und von 2008 an alle zwei Jahre Gutachten zu Forschung und Innovation vorlegen. Die Bundesregierung wird ergänzend einen Bundesbericht herausgeben, der umfassend über die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung, der Länder und der EU informiert.

Der Bundesforschungsbericht 2006 steht im Internet unter:
www.bmbf.de/pub/bufo2006.pdf

17. BAföG-Bericht

Nach dem siebzehnten Bericht zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurden im Jahr 2005 345.000 Studierende mit Leistungen nach dem BAföG gefördert. Die aktuelle Gefördertenquote bei den Studierenden liegt bei 25,1%. Bei den geförderten Schülern hat es zwischen den Jahren 2003 und 2005 einen deutlicheren Anstieg gegeben. Hier stieg die Zahl von 179.100 auf zuletzt 199.000.

Das Ausgabenvolumen von Bund und Ländern für die Ausbildungsförderung wurde von 2003 bis 2005 um nochmals rund 200 Millionen Euro auf über 2,2 Milliarden Euro gestei-

gert. Der durchschnittliche Förderungsbetrag ist gegenüber dem letzten Berichtszeitraum praktisch konstant geblieben und lag bei den Schülern zuletzt bei 304 Euro, bei den Studierenden bei 375 Euro. Auch die Zahl der Geförderten im Ausland ist weiter angestiegen; gegenüber dem Jahr 2003 war im Jahr 2005 eine nochmals deutliche Zunahme um rund 23% auf rund 20.000 Geförderte zu verzeichnen.

Der BAföG-Bericht steht im Internet unter
www.bmbf.de/pub/17_bafog-bericht.pdf

EU-Daten zu Armut

Das Statistische Bundesamt hat Ergebnisse aus der 2005 erstmals durchgeführten Statistik LEBEN IN EUROPA zu Armut und sozialer Ausgrenzung für Deutschland vorgestellt. Danach waren in Deutschland im Jahr 2004 13% der Bevölkerung armutsgefährdet; das sind etwa 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren. Die Armutgefährdungsquote – das ist nach EU-Definition der Anteil der Personen, der mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen muss – liegt in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei 17%, im früheren Bundesgebiet bei 12%.

Über 40% der Arbeitslosen und jeweils ein Viertel der Personen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung sind armutsgefährdet, aber nur 5% der Erwerbstätigen. Die neue Statistik wird seit dem Jahr 2005 in allen Ländern der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island erhoben. Sie bietet erstmals vergleichbare Daten zu Armut und Lebensbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten. Derzeit sind allerdings noch keine Daten anderer Länder für das Erhebungsjahr 2005 verfügbar.

Detaillierte Ergebnisse zu LEBEN IN EUROPA stehen zusammen mit umfangreichen Tabellen im Internet unter
www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/eusilc2005b.htm